
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

STIRBÖCK ZU BRÜSSELER ERKLÄRUNG

15.10.2019

- **Der Finanzplatz Frankfurt braucht eine Kapitalmarktunion**
- **Warnung vor Finanztransaktionssteuer**
- **Europäische Online-Plattform gefordert**

Anlässlich der Brüsselreise der Freien Demokraten im Hessischen Landtag mit vielen Gesprächen zu den drängenden Themen der Europäischen Union erklärt der europapolitische Sprecher der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, Oliver STIRBÖCK: „Die Herausforderungen für Europa sind enorm. Gerade für Hessen als Industrieland sind die Themen der Wirtschafts-, Kapitalmarkt- oder Digitalpolitik entscheidend für die Zukunftsfähigkeit des Landes. Die Ergebnisse der Gespräche unter anderem mit dem scheidenden deutschen EU-Kommissar Günther Oettinger haben wir in die beigefügte [Brüsseler Erklärung](#) einfließen lassen.

Gerade für die Zukunft des Finanzplatzes müssen die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt werden. So sollten bei der Reform der MiFid-Bestimmungen, börsengehandelte Derivate aus den Acces-Regelungen herausgenommen werden und auf eine Finanztransaktionssteuer (FTT) verzichtet werden, um wettbewerbsfähiger gegenüber London zu werden. Für die Zukunft des Finanzplatzes sei es auch von Bedeutung, dass Hessen ein Konzept entwickle, die Human Resources für den Finanzplatz selbst auszubilden.

Die Freien Demokraten fordern zudem eine gemeinsame europäische Online-Plattform nach Vorbild des estnischen Modells X-Road, in dem jeder Bürger eine digitale Identität erhält, über die er etwa sämtliche Vertragsangelegenheiten und Behördenkommunikation abwickeln kann.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de